



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES INGÉNIEURS

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

ACTUALISATION AU 31 DÉCEMBRE 2009

Avis 07-011

Lausanne, le 31 juillet 2010
ECR/GPR/EL/IV/MB/AF/LF/MM/BA

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	3
ANGLETERRE	15
AUTRICHE	19
FRANCE	27
ITALIE	30

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Artt. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33); nunmehr seit dem 01.12.2009 **Artt. 45ff, 49 ff und 56 ff EU-Arbeitsweisevertrag** (AEUV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2008 (ABl. Nr. C 115 S. 47) EU-Dok.-Nr. 1 1957 E, zuletzt geändert durch Art. 2 Vertrag von Lissabon vom 13. 12. 2007 (ABl. Nr. C 306 S. 1, ber. ABl. 2008 Nr. C 111 S. 56 u. ABl. 2009 Nr. C 290 S. 1).
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 1.6.2009 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

Die auf auswärtige Ingenieure anwendbaren Normen befinden sich in den Gesetzen der Länder, die den Beruf des Ingenieurs regeln, wie beispielsweise das Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau, die für die beratenden Ingenieure die Vorgaben zur Führung der Berufsbezeichnung und die Anerkennung von Hochschulabschlüssen anderer Staaten beinhalten und das Bayerische Ingenieurgesetz. Im Rahmen dieser Studie wird beispielhaft insbesondere auf **Bayern** Bezug genommen, da dieses Bundesland als eines der ersten die Richtlinie 2005/36/EG umgesetzt hatte.

- Bsp.: [Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau \(Baukammerngesetz - BauKaG\)](#) vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 308) BayRS 2133-1-I, zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Pressegesetzes und anderer Gesetze vom 22. 12. 2009 (GVBl S. 630).
- Bsp.: [Bayerisches Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ und „Ingenieurin“](#) (Ingenieurgesetz), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes zur Änderung des IngenieurG und des DolmetscherG vom 20. 12. 2007 (GVBl S. 966).
- [Verordnung über die Verfahren bei den Baukammern und deren Eintragungsausschüssen](#) (Baukammernverfahrensverordnung – BayBauKaVV) vom 1. Juni 2007, geändert durch Verordnung vom [29. November 2007](#), [19. Februar 2008](#) sowie vom [22. Oktober 2009](#).

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie 2005/36/EG wurde mittlerweile sowohl im bayerischen BauKaG, das auch die Tätigkeit der „Beratenden Ingenieure“ regelt, als auch im bayerischen Ingenieurgesetz, umgesetzt.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Berufstätige die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten nochmals erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Ingenieur

Das Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau regelt die Berufsaufgaben **des Beratenden Ingenieurs**, der die eigenverantwortliche und unabhängige Beratung und Planung auf dem Gebiet des Ingenieurwesens übernimmt (Art. 3 Abs. 5 S. 1 BayBauKaG).

Eigenverantwortlich ist hierbei gemäss Art. 3 Abs. 5 S. 2 BayBauKaG, wer

1. seine berufliche Tätigkeit als alleinige Inhaberin oder alleiniger Inhaber eines Büros selbständig auf eigene Rechnung und Verantwortung ausübt oder
2. sich mit anderen zusammengeschlossen hat und innerhalb dieses Zusammenschlusses eine Rechtsstellung besitzt, kraft derer sie oder er ihre oder seine Berufsaufgaben nach Satz. 1 unbeeinflusst ausüben kann, oder
3. als leitende Angestellte oder leitender Angestellter in einem unabhängigen Ingenieurunternehmen nach Satz 3 im Wesentlichen selbständig Aufgaben nach Satz 1 wahrnimmt, die ihr oder ihm regelmäßig wegen ihrer Bedeutung übertragen werden, oder
4. als Hochschullehrerin oder Hochschullehrer in selbständiger Beratung tätig ist.

Unabhängig ist hierbei, wer bei der Ausübung seiner Berufstätigkeit weder eigene Produktions-, Handels- oder Lieferinteressen hat noch fremde Interessen dieser Art vertritt, die unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit stehen.

1. Titel

Die Berufsbezeichnungen „Beratende Ingenieurin“ und „Beratender Ingenieur“ darf gem. Art. 1 Abs. 2 BayBauKaG nur führen, wer unter dieser Bezeichnung in die **Liste Beratender Ingenieure** eingetragen oder wer zur Führung der Berufsbezeichnung nach Art. 2 berechtigt ist. Art. 1 Abs. 4 BayBauKaG präzisiert, dass Wortverbindungen mit der genannten Berufs-

Allemanne

bezeichnung oder ähnliche Bezeichnungen nur verwenden darf, wer die entsprechende Berufsbezeichnung zu führen befugt ist.

Haben die Beratenden Ingenieure weder in Bayern einen Wohnsitz noch eine Niederlassung oder überwiegende berufliche Beschäftigung, darf die Berufsbezeichnung ohne Eintragung in die jeweilige Liste nach Art. 2 BayBauKaG nur geführt werden, wenn der Betreffende

1. die Bezeichnung auf Grund einer Regelung eines **Landes** der Bundesrepublik Deutschland, in dem er seinen Wohnsitz, seine Niederlassung oder überwiegende Beschäftigung hat, führen darf oder
2. hinsichtlich der Berufsbezeichnung nach Art. 1 Abs. 2 BayBauKaG die nachfolgend erörterten **Voraussetzungen an die Berufsqualifikation** erfüllt

Bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates genügt es, wenn sie zur Ausübung desselben Berufs rechtmäßig in einem Mitglied- oder Vertragsstaat niedergelassen sind und einen Beruf mit einer in Art. 1 genannten Berufsbezeichnung mindestens **zwei** Jahre während der vorhergehenden **zehn** Jahre in diesem Staat ausgeübt haben; die Bedingung, dass der Dienstleister den Beruf zwei Jahre ausgeübt haben muss, gilt nicht, wenn entweder der Beruf oder die Ausbildung zu diesem Beruf **reglementiert** ist (Art. 2 Abs. 1 S. 2 BayBauKaG).

Dies gilt entsprechend für **Drittstaatsangehörige**, soweit sich nach dem EG-Recht eine Gleichstellung ergibt (so die **Schweizer** über die bilateralen Verträge) (Art. 2 Abs. 1 S. 3 BayBauKaG).

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Im Inland niedergelassene Ingenieure haben sich in die Liste Beratender Ingenieure einzutragen, die von der Ingenieurekammer-Bau geführt wird. Aus der Liste muss die Zugehörigkeit der oder des Eingetragenen zu den im Bauwesen tätigen oder den sonstigen Beratenden Ingenieurinnen oder Ingenieuren ersichtlich sein (Art. 6 Abs. 1 BayBauKaG). Im Bauwesen tätig ist eine Ingenieurin oder ein Ingenieur insbesondere, wenn sie oder er in einer oder mehreren Fachrichtungen des Bauingenieur-, Vermessungs-, Wasserwirtschafts- oder Verkehrswesens, der Ingenieurgeologie, der Bauphysik, der Energie-, Heizungs-, Klima-, Ver- und Entsorgungs-, Telekommunikations-, Elektro- und Lichttechnik, der Förder- und Lagertechnik oder der Arbeitssicherheit an baulichen Anlagen tätig ist.

In die Liste Beratender Ingenieure ist gemäss Art. 5 Abs. 2 BayBauKaG auf Antrag einzutragen, wer

1. **Wohnsitz, Niederlassung oder überwiegende berufliche Beschäftigung in Bayern** hat,
2. nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutze der Berufsbezeichnung „**Ingenieur und Ingenieurin**“ (Ingenieurgesetz) berechtigt ist, die dort vorgesehenen Berufsbezeichnungen zu führen. Die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ und „Ingenieurin“ allein oder in einer Wortverbindung darf nach Art. 1 IngenieurG führen,
 1. wer das Studium einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule oder an einer deutschen Fachhochschule oder das Studium an einer deutschen öffentlichen oder ihr hinsichtlich des Studienabschlusses rechtlich gleichgestellten deutschen privaten Ingenieurschule oder einen Betriebsführerlehrgang einer deutschen staatlich anerkannten

Allemagne

Bergschule mit Erfolg abgeschlossen hat oder

2. wem durch die zuständige Behörde das Recht verliehen worden ist, die Bezeichnung ‚Ingenieur (grad.)‘ und ‚Ingenieurin (grad.)‘ oder einen Diplomgrad in einer Wortverbindung mit der Bezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ zu führen

oder nach Art. 2 IngenieurG

3. wer auf Grund eines **Abschlußzeugnisses einer ausländischen Hochschule** oder einer sonstigen ausländischen Schule von der zuständigen Behörde die Genehmigung hierzu erhalten hat. Hierbei gelten nachfolgende für EU- und EWR-Staaten normierte Grundsätze entsprechend für Drittstaaten und **Drittstaatsangehörige**, soweit sich hinsichtlich der Diplomanerkennung und der Anerkennung von Befähigungsnachweisen nach EG- Recht eine Gleichstellung ergibt (Schweiz!). Das Ingenieurgesetz ist jedoch im Gegensatz zum BayBauKaG im Hinblick auf die Richtlinie 2005/36/EG noch nicht auf dem neuesten Stand.

Eine Genehmigung ist also zu erteilen, wenn der Antragsteller Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates ist und das Diplom einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung erworben hat, das in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat für den Zugang zum Ingenieurberuf, dessen Ausübung oder für das Führen einer der deutschen Berufsbezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ **entsprechenden Berufsbezeichnung** erforderlich ist, **oder** wenn er den Beruf eines Ingenieurs in den vorhergehenden **zehn** Jahren vollzeitlich **zwei** Jahre lang in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat ausgeübt hat, der den Zugang zum Ingenieurberuf, dessen Ausübung oder das Führen einer der deutschen Berufsbezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ entsprechenden Berufsbezeichnung nicht an den Besitz eines Diploms bindet, wobei der Antragsteller dabei im Besitz eines Ausbildungsnachweises einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung gewesen sein muss.

Es muss sich dabei um Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise nach mindestens dreijährigem Studium an einer Universität, Hochschule oder anderen gleichwertigen Ausbildungseinrichtung handeln und es müssen die beruflichen Voraussetzungen vorliegen, die für den Zugang zum Ingenieurberuf, dessen Ausübung oder für das Führen einer der deutschen Berufsbezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ entsprechenden Berufsbezeichnung erforderlich sind. Die durch das Diplom nach Satz 1 bescheinigte Ausbildung muss überwiegend in der EG oder einem anderen EWR- Vertragsstaat erworben worden sein, es sei denn, der Diplominhaber hat eine mindestens dreijährige Berufserfahrung als Ingenieur, die von dem Mitglied- oder Vertragsstaat bescheinigt wird, der das Diplom anerkannt hat.

Einem solchen Diplom stehen gleich alle Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise gleich, die von einer zuständigen Stelle in einem Mitglied- oder Vertragsstaat ausgestellt worden sind und eine in der EG oder einem anderen EWR-Vertragsstaat erworbene, von einer zuständigen Stelle in diesem Mitglied- oder Vertragsstaat als gleichwertig anerkannte Ausbildung abschließen und in diesem Staat zum Zugang zum Ingenieurberuf, zu dessen Ausübung oder zum Führen einer der deutschen Berufsbezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ entsprechenden Berufsbezeichnung allein oder in einer Wortverbindung berechtigen. Ausbildungsnachweise sind alle Zeugnisse oder Bestätigungen einer zuständigen Stelle in einem Mitglied- oder Vertragsstaat, die der Inhaber zur Vorbereitung auf die Ausübung des Ingenieurberufs erworben hat, und aus denen hervorgeht, daß er ein mindestens dreijähriges Studium oder ein dieser Dauer entsprechendes Teilzeitstudium an einer Universität, einer Hochschule oder einer anderen gleichwertigen Ausbildungseinrichtung in einem Mitglied- oder Vertragsstaat absolviert und gegebenenfalls die über das Studium hinaus erforderliche berufliche Ausbildung abgeschlossen hat.

Allemagne

Dem stehen gleich alle Prüfungszeugnisse in einem Mitglied- oder Vertragsstaat, die eine in der EG oder einem anderen EWR-Vertragsstaat erworbene Ausbildung bestätigen und von diesem Staat als gleichwertig anerkannt werden, sofern diese Anerkennung den übrigen Mitglied- und Vertragsstaaten sowie der EG-Kommission mitgeteilt worden ist.

Das Genehmigungsverfahren muss spätestens vier Monate nach Vorlage der vollständigen Unterlagen des Antragstellers durch eine mit Gründen versehene Entscheidung der zuständigen Behörde abgeschlossen sein

3. Voraussetzung ist weiter, dass der Betreffende seit dem Zeitpunkt des Erwerbs der Berechtigung nach Nr. 2 eine nachfolgende entsprechende praktische Tätigkeit von mindestens **drei Jahren** ausgeübt hat und
4. seinen Beruf **eigenverantwortlich und unabhängig** ausübt.
Auf die Zeit der praktischen Tätigkeit sind berufsfördernde Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Ingenieurekammer-Bau im Aufgabenbereich der technischen und wirtschaftlichen Planung und des Baurechts sowie ein Jahr eines einschlägigen abgeschlossenen Master-Ingenieurstudiengangs anzurechnen.
5. Die Eintragung in die Ingenieursliste ist gem. Art. 6 BayBauKaG zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass der Bewerber nicht die für den Beruf erforderliche **Zuverlässigkeit** besitzt.

b. Antragsinhalt

Am Beispiel des Antrags in Bayern¹

aa. Nach Art. 5 Abs. 2 BayBauKaG erfolgt die Eintragung für die **Beratenden Ingenieure** auf Antrag. Dieser muss beim Eintragungsausschuss der Kammer mit folgenden Unterlagen eingereicht werden (§ 5 BauKaVV):

1. **Angaben** über den Namen und das Geburtsdatum der Antragstellerin oder des Antragstellers und die Staatsangehörigkeit,
2. ein Nachweis über den **Wohnsitz** (Meldebescheinigung), Angaben über den Ort der Niederlassung oder der überwiegenden beruflichen Beschäftigung in Bayern,
3. ein amtliches **Führungszeugnis**,

¹ **Der Antragsinhalt variiert leicht von Bundesland zu Bundesland: Mit dem Antrag** auf Eintragung in die niedersächsische Architektenliste beim Eintragungsausschuss der Architektenkammer **in Niedersachsen etwa sind** folgende Unterlagen einzureichen:

Antragsformular

Nachweis, dass er in Niedersachsen einen Wohnsitz oder eine berufliche Niederlassung hat oder seinen Beruf ganz oder teilweise in Niedersachsen ausübt

Nachweis, dass er nach § 1 berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieurin oder Ingenieur zu führen,

Nachweis, dass er nach dem Erwerb der Berechtigung zum Führen der Berufsbezeichnung Ingenieurin oder Ingenieur mindestens drei Jahre lang in Vollzeit oder entsprechend länger in Teilzeit als Ingenieurin oder Ingenieur tätig war,

Nachweis, dass er zur Vertiefung der Berufspraxis an vier eintägigen berufsbezogenen Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen hat,

Nachweis, dass er unabhängig und eigenverantwortlich tätig ist und

Nachweis, dass er über eine ausreichende Versicherung gegen Haftpflichtgefahren aus der Berufstätigkeit verfügt.

Beleg über die Zahlung der Eintragungsgebühr.

Allemanne

4. ein Nachweis über die Berechtigung zum Führen der im Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur und Ingenieurin“ (Ingenieurgesetz) vorgesehenen Berufsbezeichnungen (s. oben),
 5. Angaben, aus denen sich ergibt, in welcher Fachrichtung im Sinn des Art. 5 Abs. 1 BayBauKaG die Antragstellerin oder der Antragsteller tätig ist,
 6. Nachweise über Art, Umfang, Zeit und Ort einer **praktischen Tätigkeit** sowie
 7. Nachweise über eine eigenverantwortliche und unabhängige Berufsausübung;
 8. gegebenenfalls der Nachweis über die Eintragung in die Liste eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland.
- bb. Für die **bauvorlageberechtigten Ingenieure** gilt:

Der Antrag auf Eintragung in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure (Art. 68 Abs. 2 Nr. 2 der Bayerischen Bauordnung) muss mindestens

1. Angaben enthalten über den Namen und das Geburtsdatum der Antragstellerin oder des Antragstellers.
2. Einen Nachweis über die Berechtigung zum Führen der im Ingenieurgesetz vorgesehenen Berufsbezeichnungen als Angehöriger einer Fachrichtung des Bauingenieurwesens sowie
3. Nachweise über Art, Umfang, Zeit und Ort einer praktischen Tätigkeit.

c. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. *Zuständige Behörden*

Adressen der Landesingenieurskammern

Ingenieurkammer Baden-Württemberg (IngKBW)

Zellerstr. 26

70180 Stuttgart

Telefon: 0711 / 64971-0

Telefax: 0711 / 64971-55

info@ingkbw.de

<http://www.ingkbw.de/>

Bayerische Ingenieurkammer – Bau

Nymphenburger Straße 5

80335 München

Telefon 089 419434-0

Fax 089 419434-20

info@bayika.de

<http://www.bayika.de/>

Baukammer Berlin

Gutsmuthsstr. 24

12163 Berlin (Steglitz)

Telefon: 030 / 79 74 43-00

Telefax: 030 / 79 74 43-29

info@baukammerberlin.de

<http://www.baukammerberlin.de/>

Brandenburgische Ingenieurkammer (BBIK)

Schlaatzweg 1
14473 Potsdam

Telefon: 0331 / 74 318 -0

Telefax: 0331 / 74 318 -30

info@bbik.de

<http://www.bbik.de/>

Ingenieurkammer der Freien Hansestadt Bremen

Geeren 41/43
28195 Bremen

Telefon: 0421 / 17 00 90

Telefax: 0421 / 30 26 92

info@ingenieurkammer-bremen.de

<http://www.ingenieurkammer-bremen.de/>

Hamburgische Ingenieurkammer-Bau (HIKB)

Grindelhof 40
20146 Hamburg

Telefon: 040 / 4134546-0

Telefax: 040 / 4134546-1

kontakt@hikb.de

<http://www.hikb.de/>

Ingenieurkammer Hessen (IngKH)

Gustav-Stresemann-Ring 6
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 97 457 0

Telefax: 0611 / 97 457 29

info@ingkh.de

<http://www.ingkh.de/>

Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinenstr. 32
19055 Schwerin

Telefon: 0385 / 558 36-0

Telefax: 0385 / 558 36-30

info@ingenieurkammer-mv.de

<http://www.ingenieurkammer-mv.de/>

Ingenieurkammer Niedersachsen (IngKN)

Hohenzollernstr. 52
30161 Hannover

Telefon: 0511 / 397 89 0

Telefax: 0511 / 397 89 34

kammer@ingenieurkammer.de

<http://www.ingenieurkammer.de/>

Allemagne

Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (IKBauNRW)

Carlsplatz 21

40213 Düsseldorf

Tel 0211/13067-0

Fax 0211/13067-150

info@ikbaunrw.de

<http://www.ikbaunrw.de/>

Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz (IngK RLP)

Schusterstr. 46-48

55116 Mainz

Telefon: 06131 - 95 98 6-0

Telefax: 06131 - 95 98 6-33

info@ing-rlp.de

<http://www.ingenieurkammer-rlp.de/cms/>

Ingenieurkammer des Saarlandes (IngK Saar)

Franz-Josef-Röder-Str. 9

66119 Saarbrücken

Telefon: 0681 / 58 53 13

Telefax: 0681 / 58 53 90

info@ingenieurkammer-saarland.de

<http://www.ingenieurkammer-saarland.de/>

Ingenieurkammer Sachsen (IngK Sn)

Annenstraße 10

01067 Dresden

Telefon: 0351 / 43 83 360

Telefax: 0351 / 43 83 380

post@ing-sn.de

<http://www.ing-sn.de/>

Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt

Hegelstr. 23

39104 Magdeburg

Telefon: 0391 / 62 88 9 -0

Telefax: 0391 / 62 88 9 -99

info@ing-net.de

<http://www.ing-net.de/>

Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 71

24105 Kiel

Telefon: 0431 / 57 06 5 -0

Telefax: 0431 / 57 06 5 -25

info@aik-sh.de

<http://www.aik-sh.de/>

Ingenieurkammer Thüringen

Flughafenstr. 4

99092 Erfurt

Telefon: 0361 / 22 873 -0

Telefax: 0361 / 22 873 -50

info@ikth.de

www.ikth.de

bb. Verfahren

Näheres zum Verfahren regelt die **Verordnung über die Verfahren bei den Baukammern und deren Eintragungsausschüssen (BauKaVV)**.

Die Eintragungsausschüsse bestätigen den Antragstellern binnen **eines Monats** den Empfang der Unterlagen und teilen ihnen gegebenenfalls mit, welche Unterlagen fehlen (§ 2 Abs. 2 S. 1 BauKaVV). Die Eintragung in eine Liste oder ein Verzeichnis gilt als erfolgt, wenn der Antrag nicht innerhalb von drei Monaten nach Einreichung der vollständigen Unterlagen beantwortet wird. Diese Frist kann einmal um einen Monat verlängert werden, wenn dies durch die Komplexität der Angelegenheit gerechtfertigt ist (§ 2 Abs. 4 BauKaVV).

Die Kammern erteilen den zuständigen Behörden des Herkunftsstaates gemäss § 9 Abs. 1 BauKaVV **Informationen** über

1. die Rechtmässigkeit der Niederlassung,
2. die gute Führung sowie
3. das Vorliegen oder Nichtvorliegen berufsbezogener disziplinarischer oder strafrechtlicher Sanktionen von in bayerische Listen eingetragenen Ingenieuren.

Die Kammern arbeiten eng mit diesen Behörden zusammen, und unterrichten diese insbesondere über das Vorliegen disziplinarischer oder strafrechtlicher Sanktionen oder über sonstige schwerwiegende Sachverhalte, die sich auf die Ausübung der in dieser Richtlinie erfassten Tätigkeiten auswirken könnten.

d. Rechtsstellung

Die Mitglieder der Kammern sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben, dem ihnen im Zusammenhang mit ihrem Berufsstand entgegen gebrachten Vertrauen zu entsprechen und alles zu unterlassen, was dem Ansehen ihres Berufsstandes schaden kann. Sie sind neben dem Einhalten der **Berufsordnungen** insbesondere verpflichtet (Art. 24 Bay-BauKaG).

1. sich **beruflich fortzubilden**,
2. sich **kollegial** zu verhalten und **unlauteren Wettbewerb zu unterlassen**,
3. sich ausreichend gegen **Haftpflichtansprüche** zu versichern.

Auch ein außerhalb der Berufstätigkeit liegendes Verhalten ist eine Berufspflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls in besonderem Maß geeignet ist, Achtung und Vertrauen in einer für das Ansehen des Berufsstandes bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Auswärtige **Beratende Ingenieure**, die nicht Mitglied einer deutschen Ingenieurkammer sind, haben das erstmalige Erbringen von Leistungen nach Art. 2 Abs. 3 S. 1 BayBauKaG vorher der Ingenieurkammer-Bau anzuzeigen. Die genannten Personen sind in einem gesonderten Verzeichnis zu führen, ihnen ist eine auf **fünf Jahre befristete Bescheinigung** auszustellen, aus der sich auch die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung ergibt. Die Bescheinigung ist auf Antrag um **höchstens fünf Jahre** zu verlängern. Der Anzeige und der Eintragung in das Verzeichnis bedarf es nicht, wenn die auswärtige Person bereits über eine ihrer Berufsgruppe entsprechende Bescheinigung einer deutschen Architekten- oder Ingenieurkammer verfügt.

2. Zuständige Behörden

Siehe oben.

3. Rechtsstellung

Auswärtige Beratende Ingenieure sind wie Mitglieder der Ingenieurkammer-Bau zu behandeln (Art. 2 Abs. 2 BayBauKaG) und haben die jeweiligen **Berufspflichten** (Art. 24 BayBauKaG) zu beachten, wenn sie nicht bereits Mitglieder der entsprechenden Kammer eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland sind.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

1. Inländische Gesellschaften

Beratende Ingenieure können nach Art. 8 BayBauKaG in einer **Partnerschaftsgesellschaft** oder einer **Kapitalgesellschaft** tätig werden, unter ihrer Berufsbezeichnung allerdings nur, wenn die Gesellschaft in das von der Ingenieurkammer-Bau geführte Gesellschaftsverzeichnis eingetragen oder als auswärtige Gesellschaft hierzu berechtigt ist.

Der Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis der Ingenieurkammer-Bau steht die Eintragung in ein entsprechendes Gesellschaftsverzeichnis einer anderen deutschen Ingenieurkammer gleich, wenn die Gesellschaft in Bayern weder Sitz noch Niederlassung hat.

Eine Gesellschaft ist gem. Art. 8 Abs. 4 BayBauKaG auf Antrag in das Gesellschaftsverzeichnis bei der Ingenieurkammer-Bau einzutragen, wenn sie

1. ihren **Sitz oder ihre Niederlassung in Bayern** hat,
2. das Bestehen einer ausreichenden **Berufshaftpflichtversicherung** nachweist und
3. der Gesellschaftsvertrag oder die Satzung regelt, dass
 - a) Gegenstand des Unternehmens die Wahrnehmung von Berufsaufgaben des Beratenden Ingenieurs ist,

Allemagne

- b) Mitglieder der Ingenieurekammer-Bau die Mehrheit des Kapitals und der Stimmanteile innehaben; die Berufszugehörigkeit der Gesellschafter, die mindestens ein Viertel des Kapitals oder der Stimmanteile innehaben, ist in geeigneter Weise kenntlich zu machen,
- c) die Gesellschaft verantwortlich von Mitgliedern der Ingenieurekammer-Bau geführt wird,
- d) Kapitalanteile nicht für Rechnung Dritter gehalten und Stimmrechte nur persönlich ausgeübt werden dürfen,
- e) bei einer Aktiengesellschaft und einer Kommanditgesellschaft auf Aktien die Aktien auf den Namen lauten,
- f) die Übertragung von Gesellschafts- und Kapitalanteilen an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist und
- g) die für die Berufsangehörigen nach diesem Gesetz bestehenden Pflichten von der Gesellschaft beachtet werden.

Hiervon abweichend darf eine Gesellschaft die Berufsbezeichnungen des **Architekten und Beratenden Ingenieurs** führen, wenn beide Berufsgruppen zusammen mindestens zwei Drittel des Kapitals und der Stimmanteile innehaben und jede der im Namen der Gesellschaft genannten Berufsgruppen mindestens ein Viertel des Kapitals und der Stimmanteile hält. Die Gesellschaft ist in diesem Fall in dem Gesellschaftsverzeichnis der Kammer einzutragen, deren Kammerangehörige innerhalb der Gesellschaft über das größere Gewicht des Kapitals und der Stimmanteile verfügen. Bei gleichem Gewicht ist in das Gesellschaftsverzeichnis der Kammer einzutragen, die über den Schutz der Berufsbezeichnung wacht, die im Namen der Gesellschaft an vorderster Stelle steht.

Die Gesellschaften haben zur Deckung der sich aus ihrer Tätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren eine **Berufshaftpflichtversicherung** für die Dauer der Eintragung in das jeweilige Gesellschaftsverzeichnis abzuschließen sowie für eine Nachhaftungszeit von mindestens fünf Jahren aufrecht zu erhalten. Die Mindestversicherungssumme für jeden Versicherungsfall muss dabei 1 500 000 EUR für Personenschäden sowie 300 000 EUR für sonstige Schäden betragen. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden können auf den dreifachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden.

2. Auswärtige Gesellschaften

Gesellschaften, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht in einem Gesellschaftsverzeichnis eingetragen sind (**auswärtige Gesellschaften**), dürfen in ihrer Firma oder ihrem Namen die Berufsbezeichnung und Wortverbindungen nur führen, wenn sie nach dem Recht ihres Herkunftsstaates befugt sind, diese oder vergleichbare Berufsbezeichnungen zu führen. Die auswärtigen Gesellschaften haben das erstmalige Erbringen von Leistungen der der Ingenieurekammer-Bau vorher anzuzeigen (Art. 11 BayBauKaG).

3. Zusatzinformationen Vermessungsingenieure

Im Jahr 1995 haben sich die freiberuflichen Vermessungsingenieure aus Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz in Bregenz zum "Verband der freiberuflichen Geometer Europas" (Géomètres experts fonciers Européens, kurz: GE) zusammengeschlossen. Der Verband bezweckt in rechtlicher als auch in technischer Hinsicht die organisierte Ver-

Allemagne

einigung zur Förderung der freiberuflichen Ausübung des Geometerberufes in Europa. Die Vermessungsingenieure sind in ihren Ländern ein wichtiger Teil des öffentlichen Vermessungswesens. Neben Aufgaben der Landesvermessung, Katastervermessung und Katasterführung beurkunden sie auch Tatbestände an Grund und Boden, bewerten Liegenschaften und sind als Sachverständige im Vermessungswesen tätig.

Die Geometer Europas haben die Multilaterale Übereinkunft zur gegenseitigen Anerkennung der Berufsvoraussetzungen der mit staatlichen Aufgaben beliehenen Vermessungsingenieure erarbeitet, um die Bedingungen für die Niederlassung und Berufsausübung etc. in de jeweils anderen Staaten zu erleichtern.

Nach Auskunft des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI) ist die Multilaterale Übereinkunft zur gegenseitigen Anerkennung der Berufsvoraussetzungen der mit staatlichen Aufgaben beliehenen Vermessungsingenieure aus dem Jahr 2004 jedoch in der Praxis noch nicht relevant geworden. Die Übereinkunft soll eine Grundlage (Gemeinsamer Nenner) sein, auf die sich die Verbände geeinigt haben. Es handelt sich um einen ersten Freiwilligen Schritt für europaweite Vorgaben zur Berufszulassung, der in einem Gesamtzusammenhang zusehen ist: Neben der Übereinkunft werden z.B. derzeit europäische Verhaltenskodices geschaffen, die auch den Vorgaben der Richtlinie 2005/36/EG folgen werden. Bislang gibt es nach der erhaltenen Auskunft noch keine zentrale Organisationsstelle der Geometer Europas, die die Durchführung der Übereinkunft koordinieren würde.

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Engineering Council United Kingdom Charter and By-laws²

2. Jurisprudence

None applicable

3. Interrelation avec le droit européen

Directive 89/48/EEC is the first General Systems Directive for the recognition of higher education diplomas awarded on completion of professional education and training of at least three years' duration. **This Directive is applicable to Chartered and Incorporated Engineers** (see below II.A.1 for definition).

Engineering in the UK is a **regulated profession** – for the purposes of Directive 89/48/EEC - under Article 1(d) subparagraph 2:

'...a professional activity shall be deemed to be a **regulated professional activity** if it is pursued by the members of an association or organization [*sic*] the purpose of which is, in particular, to promote and maintain a high standard in the professional field concerned and which, to achieve that purpose, is recognized [*sic*] in a special form by a Member State and awards a diploma to its members, - ensures that its members respect the rules of professional conduct which it prescribes, and - confers on them the right to use a title or designatory letters, or to benefit from a status corresponding to that diploma.'

The **Engineering Council UK** (the “**ECUK**”) is listed in an Annex to the Directive of organisations which satisfy the above detailed conditions. This means that **all Chartered Engineers and Incorporated Engineers come under Article 1(d) subparagraph 2 of this Directive.**

Directive 92/51/EEC is the second General Systems Directive for the recognition of professional education and training of at least one years' duration, which is not covered in Directive 89/48/EEC. Directive 92/51/EEC is supplemental to Directive 89/48/EEC. For the purposes of Directive 92/51/EEC, engineering in the UK is a regulated profession under Article 1(f) subparagraph 2.

The European Commission **SLIM Initiative** (Simpler Legislation for the Internal Market) came about as the European Commission increased its efforts to improve regulatory quality whilst seeking to reduce the regulatory burden. In November 1999 the European Council reached agreement on a common position on the SLIM proposals regarding the recognition of diplomas. This resulted in **Directive 2001/19/EC**, which amends both directives 89/48/EEC and 92/51/EEC. The main effect of these changes is **administrative**; professionals covered by these directives have not been disadvantaged by any of these changes. A **new directive** which will replace both existing directives was accepted in June 2005 and according to the ECUK website, **will enter national legislation over the two-year period from 2005 to 2007.**

² The Engineering Council Charter and By-laws are available online at <[http://www.engc.org.uk/documents/ECUK%20Charter%20and%20Bye%20Laws%20\(April%202007\).pdf](http://www.engc.org.uk/documents/ECUK%20Charter%20and%20Bye%20Laws%20(April%202007).pdf)>. Note that neither the charter, nor the bye-laws are legislative instruments. Both stipulate contractual arrangements only.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

The engineering profession in the United Kingdom is regulated **by the ECUK through 36 engineering Institutions** (“**Licensed Members**”) who are licensed to put suitably qualified members on the ECUK’s **Register of Engineers**. The Register has **three sections: Chartered Engineer** (“*CEng*”), **Incorporated Engineer** (“*IEng*”) and **Engineering Technician** (“*Eng Tech*”). These titles are **protected** by the ECUK's Royal Charter and may only be used by registrants.

Any candidates for registration as a CEng, an IEng or an Eng Tech must satisfy the **competence standards set by ECUK** and be a **member** of the appropriate Licensed Member engineering Institution. Applicants must show that they have a **satisfactory educational base**, have **undergone approved professional development**, and, at an interview, must demonstrate their **professional competence** against specific criteria.

In general there **is no restriction on the right to practise as an engineer in the UK**. However there are a small number of areas of work, generally safety related, which are **reserved by Statute to licensed or otherwise approved persons**. These areas of work include:

- Reservoir Design and Inspection
- Ships Officers
- Quarry Management
- Aircraft Maintenance
- Gas Fitting
- Railway Signaling
- Vehicle Maintenance
- Pressure Vessel Design

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

The **Regulations for Registration**³ outline the requirements for registration with the ECUK, which is **not mandatory**. Pursuant to Regulation 2, however, nothing in the Regulations shall be taken as **overriding obligations** placed on ECUK and Licensed Members by national and EU legislation, for example any requirement to process applicants holding EU professional qualifications under the provisions of relevant Directive(s).

Pursuant to Regulation 12, applicants must **submit evidence** in support of their application, including details of **educational records** and possession of exemplifying or other qualifications; structured or other professional **development**; areas of accountability for the exercise of **engineering and technical judgement**; evidence of understanding of technical, financial, social and environmental implications of decisions taken; and an **action plan for future professional development**.

EC Directives may apply to any national of an EU state wishing to work in the UK if the applicant **is seeking to gain a regulated title, such as Chartered Engineer**. The Licensed Member to which application is made will offer a **processing route** which corresponds to the

³ The Regulations for Registration are available on the website of the ECUK: http://www.engc.org.uk/documents/Regulations_for_Registration.pdf.

Angleterre

relevant EC Directive and provide the applicant with all necessary information for completing a membership application.

The EC Directives do not guarantee automatic recognition, as there may be differences between the qualifications and experience of the applicant and those required for recognition by the Licensed Member. In this case, **an applicant may be requested to complete either a period of adaptation or an aptitude test.**

3. Autorité compétente

The engineering profession in the United Kingdom is regulated by **ECUK through 36 engineering Institutions** (the “**Licensed Members**”, as defined above) who are licensed to put suitably qualified members on the ECUK's Register of Engineers.

4. Procédure

All applicants for registration, which is not mandatory, shall have their competence and commitment assessed **through a Professional Review**, conducted by the Licensed Member through which they are applying for registration. The decision whether or not to accept an applicant for registration **shall be made by the Licensed Member's Committee responsible for registration**, on the basis of the report from the Professional Review assessors.

The Professional Review shall include **two components**: a **review of documentary evidence** and an **interview**. The *interview* shall be **obligatory** for *all* applicants for CEng or IEng registration, and *at the discretion* of the Licensed Member for Eng Tech applicants. Licensed Members have the discretion to **add other components** to the Professional Review.

The Professional Review Interview shall be conducted by **two suitably qualified and trained interviewers**. The interviewers shall complete a **summary report** with a recommendation for each applicant. The Licensed Member's Committee responsible for registration shall **consider the report(s)** from Professional Review, and shall **decide** whether to confirm the recommendation. The Committee's decisions **shall be recorded**.

Applicants seeking to register with the Institute for Civil Engineering (ICE) may use the European Diplomat Route to membership, **which is open to any citizen of a European Union member country who has a Degree / Diploma in civil engineering issued by an accredited University (“University Diploma”) and also has a Diploma issued by a designated authority (“Authority Diploma”).**

5. Délais

The processing time for applications to the **ECUK** is **approximately 3-6 months**. The processing time for applications to the ICE through the **European Diplomat Route** is **four weeks** from the meeting of the Exemption and Recognition Panel, which considers applications submitted through this Route.

6. Décision et possibilité de recours

The suitability of applicants to the ICE is decided by a **Panel of assessors** appointed by the ICE. Pursuant to Regulation 18 of the ECUK Regulations for Registration, each **Licensed Member, such as the ICE, must have an appeals procedure available to unsuccessful applicants.**

B. Liberté de prestation de services

This depends on the policy of each of the various Licensed Members.

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

This depends on the policy of each of the various Licensed Members.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- EG-Vertrag in der Form des Vertrages von Lissabon
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 01.06.2009 (0.142.112.681).

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Nationales Recht

- [Ziviltechnikergesetz 1993](#) - ZTG, BGBl. Nr. 156/1994 i.d.F. BGBl. I Nr. 164/2005. Die für diese Zwecke entscheidende Novelle war BGBl. I 9/2008. Sie ist im nachfolgenden Text enthalten. Die letzte Novelle des ZTG war BGBl. I Nr. 135/2009.
- [Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Umsetzung zwischenstaatlicher Vereinbarungen betreffend die Ingenieurkonsulenten](#) (EWR-Ing-KonsV, BGBl 695/95)

3. Nationale Rechtsprechung

- VwGH 2006/06/0173, 23.10.2007; Verleihung der Befugnis eines "Ziviltechnikers für EWR Architekten"

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie 2005/36/EG wurde im Architektenrecht **in den jüngsten Änderungen von Anfang 2008** (BGBl. I 9/2008) umgesetzt. Die danach folgenden Novellen bis zur Novelle 135/2009 betrafen die hier relevanten Bereiche eher nicht.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

Ohne Dienstleistungsanzeige bzw. abgeschlossenes Niederlassungsverfahren ist die Erbringung von Planungsleistungen in Österreich nicht erlaubt.

A. Niederlassung als Ingenieurkonsulent

In Österreich spricht man von Ziviltechnikern. Staatlich befugte und beeidete Ziviltechniker sind natürliche Personen, die auf ingenieurwissenschaftlichen oder naturwissenschaftlichen Fachgebieten aufgrund einer vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehenen Befugnis freiberuflich tätig sind. Ziviltechniker werden eingeteilt in:

1. **Architekten** und
2. **Ingenieurkonsulenten.**

Ziviltechniker sind, sofern bundesgesetzlich nicht eine besondere Berechtigung gefordert wird, auf dem gesamten, von ihrer Befugnis umfassten Fachgebiet zur Erbringung von planenden, prüfenden, überwachenden, beratenden, koordinierenden, mediativen und treuhänderischen Leistungen, insbesondere zur Vornahme von Messungen, zur Erstellung von Gutachten, zur berufsmäßigen Vertretung vor Behörden und Körperschaften öffentlichen Rechts, zur organisatorischen und kommerziellen Abwicklung von Projekten, ferner zur Übernahme von Gesamtplanungsaufträgen, sofern wichtige Teile der Arbeiten dem Fachgebiet des Ziviltechnikers zukommen, berechtigt.

Unbeschadet der den Gewerbetreibenden zustehenden Rechte sind die **Ingenieurkonsulenten** berechtigt:

- a) als Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen zur Verfassung von Teilungsplänen zur katastralen und grundbücherlichen Teilung von Grundstücken und von Lageplänen zur grundbücherlichen Abschreibung ganzer Grundstücke, zu Grenzermittlungen nach dem Stande der Katastralmappe oder auf Grund von Urkunden, einschließlich Vermarkung und Verfassung von Plänen zur Bekanntgabe von Fluchtlinien;
- b) als Ingenieurkonsulenten für Markscheidewesen zur Feststellung der Begrenzungen von Grubenmaßen, Überscharen, Gewinnungsfeldern, Grundstücken, auf die sich ein genehmigter Gewinnungsbetriebsplan für grundeigene mineralische Rohstoffe bezieht oder Speicherfelder sowie zur Ersichtlichmachung derartiger Begrenzungen in der Natur, sofern dies nicht im Widerspruch zu lit b steht.

1. Dauernde Berufszulassung

Schweizer Bürger, deren Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit in Österreich liegt, müssen einen **Niederlassungsantrag** stellen, um die österreichische Berufsberechtigung als **Ziviltechniker** (Architekt bzw. Ingenieurkonsulent) zu erlangen.

Dies erfordert die Mitgliedschaft in einer **österreichischen Kammer**.

Autriche

a. Erfordernisse für die Niederlassung

Gem. § 5 ZTG ist die **Befugnis** eines Ziviltechnikers österreichischen Staatsbürgern, Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates und deren Familienangehörigen oder eines EWR-Vertragsstaates bzw. Staatsangehörigen der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder den durch sonstige zwischenstaatliche Vereinbarungen den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellten Personen zu verleihen, wenn **kein Ausschließungsgrund** vorliegt und die für die Ausübung erforderliche **fachliche Befähigung** nachgewiesen wurde.

Wird ihnen die Befugnis eines Ingenieurkonsulenten vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehen, dürfen sich die genannten Staatsangehörigen, die in ihrem Herkunftsmitgliedstaat den Beruf eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten befugt ausüben, gem. § 34 ZTG auf dem Gebiet der Republik Österreich zur Ausübung des Berufes eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten niederlassen.

aa. Ausschließungsgründe sind:

1. Personen, die in ihrer **Handlungsfähigkeit beschränkt** sind,
2. über deren Vermögen der **Konkurs** anhängig ist oder innerhalb der letzten drei Jahre eröffnet worden ist, sofern nicht der Konkurs nach einem Zwangsausgleich oder nach Bestätigung des Zahlungsplans aufgehoben worden ist,
3. über deren Vermögen der Konkurs mangels Bestätigung eines hinreichenden Vermögens innerhalb der letzten drei Jahre nicht eröffnet worden ist,
4. denen die **Befugnis aberkannt** wurde
5. die in einem öffentlichen Dienstverhältnis des Dienststandes, es sei denn ausschließlich als Lehrer an öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Lehranstalten, stehen oder die aus dem öffentlichen Dienst auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses entlassen wurden,
6. die **nicht** über die zur Ausübung erforderliche **Zuverlässigkeit** verfügen.

bb. Antragsinhalt:

Dem Antrag um Verleihung der Befugnis eines Ingenieurkonsulenten sind jedenfalls folgende Unterlagen und Bescheinigungen anzuschließen:

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**,
2. **Befähigungsnachweis des Herkunftsmitgliedstaates**, der zur Aufnahme des Berufes eines freiberuflichen Architekten berechtigt,
3. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das Vorliegen der **Zuverlässigkeit**,
4. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das Vorliegen der **Konkursfreiheit**,
5. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das **Nichtvorliegen eines standeswidrigen Verhaltens**.

Diese Bescheinigungen dürfen bei ihrer Vorlage **nicht älter als drei Monate** sein.

cc. Berufsqualifikation

Die Befugnis eines Ingenieurkonsulenten erfordert zudem, dass die geltend gemachte Berufsqualifikation zur fachlichen Befähigung (§ 6 ZTG⁴) gleichwertig ist.

Nach § 36 ZTG ist die fachliche Befähigung bei ausländischen Bewerbern durch die Vorlage eines Nachweises im Sinne des Art. 11 lit. e der Richtlinie 2005/36/EG nachzuweisen. Hierbei handelt es sich um einen Nachweis, mit dem dem Inhaber bestätigt wird, dass er einen postsekundären Ausbildungsgang von **mindestens vier Jahren** oder eine Teilzeitausbildung von entsprechender Dauer an einer Universität oder einer Hochschule oder in einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau und gegebenenfalls die über den postsekundären Ausbildungsgang hinaus erforderliche berufliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat. Jeder Ausbildungsnachweis und jede Gesamtheit von Befähigungsnachweisen, die von einer zuständigen Behörde in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurden, sofern sie eine in der Gemeinschaft erworbene Ausbildung abschließen und von diesem Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannt werden und in Bezug auf die Aufnahme oder Ausübung des Berufs eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten dieselben Rechte verleihen oder auf die Ausübung dieses Berufs vorbereiten, sind den genannten Ausbildungsnachweisen gleichgestellt.

⁴ Gem. § 6 ZTG erfolgt der Nachweis der fachlichen Befähigung normalerweise durch

1. die Absolvierung des der angestrebten Befugnis entsprechenden Studiums,
2. die praktische Betätigung
3. und die erfolgreiche Ablegung der Ziviltechnikerprüfung.

Die Voraussetzung gemäß § 6 Abs. 1 Ziffer 1 ist erfüllt, wenn das Fachgebiet für das eine Befugnis angestrebt wird, dem absolvierten Universitätsstudium oder Fachhochschul-Studiengang entspricht. Studienabschlüsse an ausländischen Universitäten bedürfen der Nostriifizierung nur, sofern es sich nicht um Studienabschlüsse an einer Universität oder Fachhochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft handelt. Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise im Bereich der Richtlinie 85/384/EWG, die außerhalb der Europäischen Union erworben wurden und bereits in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union anerkannt worden sind, sowie die dazu in einem Mitgliedstaat absolvierten Ausbildungsgänge und/oder die dort erworbene Berufserfahrung sind im Rahmen eines Antrages auf Zulassung zur Ziviltechnikerprüfung oder Verleihung der Befugnis innerhalb einer Frist von drei Monaten zu prüfen.

Die Praxis nach Ziffer 2 muss mindestens drei Jahre umfassen, nach Abschluss des Studiums zurückgelegt werden und geeignet sein, die für die Ausübung der Befugnis erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln. Sie ist durch glaubwürdige Zeugnisse und eine eingehende Darstellung der Art und Dauer nachzuweisen.

Sie muss hauptberuflich

1. in einem Dienstverhältnis oder
2. als persönlich ausübender Gewerbetreibender eines reglementierten Gewerbes oder
3. im öffentlichen Dienst absolviert worden sein.

Von der praktischen Betätigung muss mindestens ein Jahr entfallen:

1. bei Absolventen des Studiums der Architektur und bei Absolventen eines auf einem bautechnischen Fachgebiet gelegenen Studiums/Fachhochschul-Studienganges auf eine praktische Betätigung auf Baustellen und
2. bei Absolventen des Studiums/Fachhochschul-Studienganges des Vermessungswesens auf eine praktische Betätigung auf dem Gebiet der Grenzvermessung für alle Zwecke der grundbücherlichen Teilungen sowie Ab- und Zuschreibungen gemäß dem Liegenschaftsteilungsgesetz

Auriche

Nicht gleichwertig ist eine Berufsqualifikation, wenn sich die geltend gemachte Ausbildung auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von den nach diesem Bundesgesetz vorgeschriebenen Ausbildungsnachweisen unterscheiden. Die mangelnde Gleichwertigkeit der geltend gemachten Berufsqualifikation zur fachlichen Befähigung ist durch die Absolvierung einer **Eignungsprüfung** oder eines höchstens zweijährigen **Anpassungslehrganges** auszugleichen.

Die Eignungsprüfung soll nachweisen, dass der Antragstellers befähigt ist, den Beruf eines Ziviltechnikers auszuüben. Der Anpassungslehrgang erfolgt im Rahmen eines Dienstverhältnisses. Er soll nicht weniger als ein Jahr und nicht mehr als zwei Jahre dauern.

Nach § 37 ZTG hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit mit den zuständigen Behörden der anderen EU-Mitgliedstaaten, der EWR-Vertragsstaaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft **zur Anwendung der Richtlinie 2005/36/EG eng zusammenzuarbeiten und Amtshilfe zu leisten**.

b. Zuständige Behörden

**Kammer der Architekten und Ingenieurskonsulenten Wien, Niederösterreich
Burgenland,**

<http://wien.arching.at/index.php?cid=230>

Oberösterreich

<http://www.aikammeros.org/>

Salzburg

<http://www.aikammeros.org/>

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg

<http://www.kammerwest.at/>

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Steiermark und Kärnten

<http://www.aikammer.org/kontaktgraz.asp>

Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

<http://www.arching.at/baik/kontakt/content.html>

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

<http://www.bmwfj.gv.at/Ministerium/Seiten/Kontakt.aspx>

c. Pflichten

Der ausländische Bewerber unterliegt den inländischen Pflichten der Ziviltechniker; er ist insbesondere zur Verschwiegenheit über die ihm in Ausübung seines Berufes vertrauten oder bekanntgewordenen Angelegenheiten seines Auftraggebers verpflichtet.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

Gem. § 30 Abs. 1 ZTG sind Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates, eines EWR-Vertragsstaates oder Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder in der Schweiz niedergelassen sind und dort den Beruf eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten befugt ausüben, berechtigt, wenn kein Ausschließungsgrund vorliegt, nach Maßgabe des Abs. 2 unter Beachtung der Berufs- und Standesregeln vorübergehend und gelegentlich Dienstleistungen auf diesem Fachgebiet zu erbringen.

a. Meldepflicht

Sofern eine temporäre projektbezogene grenzüberschreitende Dienstleistung erbracht werden soll, ist bei der jeweiligen Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten in deren Bereich die Leistung erbracht werden soll, eine **schriftliche Dienstleistungsanzeige** einzubringen. Der Betreffende ist in die Liste der Dienstleistungserbringer aufzunehmen.

Die Voraussetzungen für die Erbringung von vorübergehenden und gelegentlichen Dienstleistungen sind:

1. die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates, EWR-Vertragsstaates oder die Staatsangehörigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
2. die Niederlassung in einem Mitgliedstaat bzw. in der Schweiz, sowie eine aufrechte Befugnis zur freiberuflichen Ausübung des Berufes eines Architekten oder eines Ingenieurkonsulenten
3. die fachliche Befähigung,
4. die Ausübung des Berufes eines freiberuflichen Architekten oder eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten während der vorhergehenden zehn Jahre mindestens zwei Jahre lang, sofern dieser Beruf in dem Niederlassungsstaat des Dienstleisters nicht reglementiert ist.

b. Informationspflicht

Der Dienstleister ist verpflichtet, vor Erbringung der Dienstleistung den **Dienstleistungsempfänger** über Folgendes zu informieren:

1. das **Register**, in dem er eingetragen ist, sowie die Nummer der Eintragung oder gleichwertige, der Identifikation dienende Angaben aus diesem Register,
2. Namen und Anschrift der **zuständigen Aufsichtsbehörde des Niederlassungsstaates**,
3. die **Berufskammern** oder vergleichbare Organisationen, denen der Dienstleister angehört,
4. die **Berufsbezeichnung** oder seinen **Befähigungsnachweis**,
5. die **Umsatzsteueridentifikationsnummer** und
6. Einzelheiten zu seinem **Versicherungsschutz** in Bezug auf die Berufshaftpflicht

2. Zuständige Behörden

Zuständige Landeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

3. Rechtsstellung

Wie inländische Ziviltechniker.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

Für **Ziviltechnikergesellschaften** gelten die §§ 21 ff ZTG.

Ziviltechniker dürfen zum ausschließlichen Zweck dauernder Ausübung des Ziviltechnikerberufes offene Gesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften mit eigener, vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehener Befugnis bilden (Ziviltechnikergesellschaften). Die Bildung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechtes mit Gewerbetreibenden ist nur zulässig, wenn diese zu ausführenden Tätigkeiten nicht berechtigt sind.

Die Befugnis wird gem. § 22 ZTG vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit auf Antrag der Gesellschaft für einen bestimmten Sitz verliehen. Gesellschaften, die ihre Rechtspersönlichkeit erst durch spätere Eintragung in das Firmenbuch erlangen, sind im Verfahren über die Verleihung der Befugnis parteifähig und von den vorgesehenen Organen zu vertreten. Die Befugnis ist zu verleihen, wenn sämtliche Inhalte der beantragten Gesellschaftsbefugnis durch ausgeübte Befugnisse von geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Ziviltechnikern, die Gesellschafter oder Vorstandsmitglieder sind, gesetzmäßig nachgewiesen sind und der Gesellschaftsvertrag den Bestimmungen des ZTG entspricht.

Ziviltechnikergesellschaften müssen ihren Sitz in Österreich am Kanzleisitz eines der geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Gesellschafter oder Vorstandsmitglieder haben. Der Firma ist der Zusatz "Ziviltechnikergesellschaft" unter Beachtung der allgemeinen firmenrechtlichen Bestimmungen beizufügen. Das Wort "Ziviltechniker" darf mit "ZT" abgekürzt werden.

Gesellschafter einer Ziviltechnikergesellschaft dürfen nur natürliche Personen und berufsbefugte Ziviltechnikergesellschaften sein. Gewerbetreibende, deren Tätigkeit der Befugnis einer Ziviltechnikergesellschaft fachlich entspricht, sowie geschäftsführungs- und vertretungsbefugte Gesellschafter oder leitende Angestellte solcher Gewerbetreibenden dürfen nicht Gesellschafter dieser Ziviltechnikergesellschaft sein. In Geschäftspapieren sind die Namen und Befugnisse aller geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Gesellschafter anzuführen. Ziviltechniker müssen ihre Gesellschafterstellung im eigenen Namen und für eigene Rechnung innehaben und ausüben. Die treuhändige Übertragung und Ausübung von Gesellschaftsrechten ist unzulässig.

Geschäftsführer und organschaftliche Vertreter einer Ziviltechnikergesellschaft dürfen nur physische Personen sein, die Gesellschafter mit aufrechter Befugnis sind und gemeinsam mehr als die Hälfte der Gesellschaftsanteile innehaben. In Geschäftsfällen, in denen fachverschiedene Befugnisse mehrerer Ziviltechniker erforderlich sind, hat der Gesellschaftsvertrag einschlägig befugte Geschäftsführer jedenfalls zu gemeinsamem Handeln zu verpflichten.

Autriche

Über fachliche Fragen der Berufsausübung der Ziviltechnikergesellschaft entscheiden in den jeweils zuständigen Gesellschaftsorganen ausschließlich die Gesellschafter mit ausgeübter Befugnis. Gegen den Willen jener Gesellschafter, die über die für den Gegenstand der Entscheidung fachlich einschlägige Befugnis verfügen, darf keine Entscheidung getroffen werden.

Sofern Ziviltechnikergesellschaften eingetragene Personengesellschaften sind, dürfen Gesellschafter, die keine ausgeübte Befugnis haben, nur Kommanditisten sein.

Sofern Ziviltechnikergesellschaften Aktiengesellschaften sind, hat die Satzung ausschließlich Namensaktien vorzusehen. Die Übertragung der Aktien ist an die Zustimmung der Hauptversammlung zu binden. Die Hauptversammlung ist zu verpflichten, der Übertragung nur unter Beachtung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der Landesregeln zuzustimmen.

D. Zusatzinformationen Vermessungsingenieure

Im Jahr 1995 haben sich die freiberuflichen Vermessungsingenieure aus Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz in Bregenz zum "Verband der freiberuflichen Geometer Europas" (Géomètres experts fonciers Européens, kurz: GE) zusammengeschlossen. Der Verband bezweckt in rechtlicher als auch in technischer Hinsicht die organisierte Vereinigung zur Förderung der freiberuflichen Ausübung des Geometerberufes in Europa. Die Vermessungsingenieure sind in ihren Ländern ein wichtiger Teil des öffentlichen Vermessungswesens. Neben Aufgaben der Landesvermessung, Katastervermessung und Katasterführung beurkunden sie auch Tatbestände an Grund und Boden, bewerten Liegenschaften und sind als Sachverständige im Vermessungswesen tätig.⁵

Die Geometer Europas nutzen die jährlich stattfindenden Delegiertenversammlungen zum Erfahrungsaustausch und zur Weiterentwicklung des Berufsstandes in ein vereintes Europa. Mittlerweile liegen Referate zu den Themen ["Die Anerkennung der Diplome im Katasterbereich in der europäischen Gemeinschaft und die Situation des beliebigen Unternehmers"](#) und ["Informationsbeschaffung und Interessenvertretung in Brüssel aus der Sicht eines Vertreters der deutschen Bundesarchitektenkammer"](#) vor.

⁵ Siehe, <http://www.bdvi.de/de/international/geometer-europas.html>

FRANCE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Arrêté du 16 janvier 2009 fixant la liste des écoles habilitées à délivrer un diplôme d'ingénieur diplômé.

2. Interrelation avec le droit européen

- Directive 2001/19/CE du Parlement européen et du Conseil du 14 mai 2001 modifiant les directives 89/48/CEE et 92/51/CEE du Conseil concernant le système général de reconnaissance des qualifications professionnelles
- Accord conclu le 21 juin 1999 entre la communauté européenne et ses Etats membres, d'une part et la Confédération Helvétique d'autre part, ratifié par la France : loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001 – décret n° 2002-946 du 25 juin 2002

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

La profession d'ingénieur n'est pas réglementée en France. Toutefois, le titre d'ingénieur diplômé n'est délivré que par les écoles françaises ou étrangères habilitées via la Commission des Titres d'Ingénieurs. La liste des écoles habilitées est fixée dans l'arrêté du 16 janvier 2009⁶.

En ce qui concerne les diplômes suisses, certains diplômes sont admis par l'Etat, ce qui permet à leur titulaire de porter le titre d'ingénieur diplômé en France⁷. Il s'agit des diplômes d'ingénieurs de l'Ecole Polytechnique fédérale de Lausanne portant mention de la spécialité. Les spécialités concernées sont : le génie chimique et biochimique (ingénieur chimique) ; le génie électrique et électronique (ingénieur électricien), le génie civil (ingénieur civil), le génie mécanique (ingénieur mécanicien), l'informatique (ingénieur informaticien) ; l'ingénierie mathématique (ingénieur mathématicien) [durée : 2004-2009] ; microtechnique (ingénieur en microtechnique), physique (ingénieur physicien), sciences et génie des matériaux (ingénieur en sciences des matériaux), sciences et ingénierie de l'environnement (ingénieur en environnement), systèmes de communication (ingénieur en système de communication) ; sciences et technologies du vivant (ingénieur en sciences et technologies du vivant), bio ingénierie et biotechnologie (ingénieur en bio ingénierie et biotechnologie) [durée 2007-2009].

⁶ Publié au Journal Officiel du 15 février 2009.

⁷ Conformément à l'article L. 642-7 du Code de l'éducation.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

En ce qui concerne la reconnaissance professionnelle des diplômes étrangers, il appartient, d'après les informations obtenues auprès de l'ENIC-NARIC⁸-CIEP, aux employeurs d'apprécier si les titres présentés correspondent aux attentes.

Par conséquent, seule une demande de reconnaissance de niveau d'études peut être demandée. Celle-ci décrit le niveau d'études, la formation, le nombre d'années d'études et les débouchés professionnels du diplôme atteint dans un système éducatif étranger auquel le diplôme appartient.

3. Autorité compétente

L'ENIC-NARIC est l'autorité compétente.

Tél. : 33 (0)1 45 07 63 21

Mél. : enic-naric@ciep.fr

4. Procédure

Il n'existe pas d'automatisme dans les réponses et les attestations délivrées : les experts du centre ENIC-NARIC France effectuent des recherches spécifiques dédiées à chaque dossier soumis.

Dans ce cadre, ils sont amenés à consulter des sources spécialisées, à interroger les services compétents étrangers et les autres centres du réseau ENIC-NARIC. Ils peuvent, en particulier, interroger les autorités administratives du pays d'origine pour effectuer une authentification du diplôme soumis.

Pour la reconnaissance des diplômes d'ingénieurs suisses et français, un accord-cadre a été signé le 10 septembre 2008 entre le CPU⁹ et le CDEFI¹⁰, d'une part, et le CRUS¹¹, le KFH¹² et le COHEP¹³, d'autre part.

5. Délais

Aucun délai n'est précisé.

6. Décision et possibilité de recours

Sans objet

⁸ European Network of Information Centres-National Academic Recognition Information Centres.

⁹ CPU : Conférence des présidents d'Université française.

¹⁰ CDEFI : Conférence des directeurs des Ecoles Françaises d'ingénieurs.

¹¹ CRUS : Conférence des recteurs des universités suisses.

¹² KFH : Conférence des recteurs des hautes écoles spécialisées suisses.

¹³ COHEP : Conférence suisse des recteurs et rectrices des hautes écoles pédagogiques.

7. Effets de la reconnaissance

Il s'agit d'une reconnaissance de niveau d'études. Cela ne correspond pas à une délivrance du titre d'ingénieur, ni à une habilitation ou encore à une accréditation de la CTI.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Sans objet

2. Demande pour l'autorisation et son contenu

Sans objet

3. Autorité compétente

Sans objet

4. Procédure

Sans objet

5. Délais

Sans objet

6. Décision et possibilité de recours

Sans objet

7. Effets de l'autorisation

Sans objet

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Due sono, ad oggi, le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell'esercizio, in Italia, della professione di **ingegnere** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. Lgs. 206/2007**")
- Il D. Lgs. 206/2007 ha **abrogato**, fra gli altri, il **D. Lgs. 115/1992**, recante "Attuazione della direttiva n. 89/48/CEE relativa ad un sistema generale di riconoscimento dei diplomi di istruzione superiore che sanzionano formazioni professionali di una durata minima di tre anni" (v. art. 60, rubricato: "Abrogazioni"). **Tale decreto si applicava in particolare alla professione di ingegnere, menzionata nell'Allegato A.**
- **Legge 24 giugno 1923, n. 1395**, recante "Tutela dell'esercizio professionale degli Ingegneri e degli architetti" (qui di seguito "**Legge 1395/1923**").

*Si rileverà che il D. Lgs. 206/2007 **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di ingegnere**.*

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« **Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli**

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di ingegnere, ad oggi, il Ministero della giustizia** – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che "**per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea**".

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla **professione di ingegnere**. Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », alcune **regole generali**, che valgono per tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di ingegnere.

1. Condizioni per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Le autorità competenti – per la professione di *ingegnere* : ad oggi, il **Ministero della Giustizia** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria o amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione richiesta

Per l'accesso o l'esercizio alla professione di **ingegnere** sono ammessi al riconoscimento professionale le **qualifiche professionali che sono prescritte da un altro Stato membro per accedere alla corrispondente professione ed esercitarla**. Gli attestati di competenza o i titoli di formazione ammessi al riconoscimento devono **soddisfare le seguenti condizioni** (art. 21 D.Lgs. 206/2007):

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente al livello immediatamente precedente a quella prevista dalle normative nazionali**.

L'accesso e l'esercizio della professione di ingegnere sono consentiti *anche* ai richiedenti che abbiano esercitato **a tempo pieno tale professione per due anni**, nel corso dei precedenti **dieci**, in un altro Stato membro che **non la regolamenti** e abbiano uno o più attestati di competenza o uno o più titoli di formazione che soddisfino le **seguenti condizioni**:

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato membro;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente** al livello immediatamente precedente a quello previsto dalle normative nazionali;
- attestare la **preparazione del titolare** all'esercizio della professione interessata.

Non sono necessari i **due anni di esperienza professionale** se i titoli di formazione posseduti dal richiedente attestano una **formazione regolamentata** « e dei livelli di cui all'articolo 19, comma 1, lettere b), c), d) ed e) » del D.Lgs. 206/2007 (che qui si omettono). In deroga a quanto sopra, il riconoscimento è assicurato nel caso in cui l'accesso a detta professione è subordinato al **possesso di un titolo di formazione** che attesta il compimento di una formazione **a livello di insegnamento superiore o universitario di una durata pari a quattro anni** e se il richiedente possiede un titolo di formazione di cui all'articolo 19, comma 1, lettera c) del D. Lgs. 206/2007 (che qui si omette).

Il riconoscimento **può** essere subordinato al compimento di un **tirocinio di adattamento non superiore a tre anni** o di una **prova attitudinale**, a scelta del richiedente, in uno dei seguenti casi (Art. 22 D. Lgs. 206/2007):

- se la durata della formazione da lui seguita è **inferiore di almeno un anno** a quella richiesta in Italia;
- se la formazione ricevuta riguarda **materie sostanzialmente diverse** da quelle coperte dal titolo di formazione richiesto in Italia;
- se la professione regolamentata include **una o più attività professionali regolamentate, mancanti** nella corrispondente professione dello Stato membro d'origine del richiedente, e se la **differenza** è caratterizzata da una **formazione specifica**, richiesta dalla normativa nazionale e relativa a materie sostanzialmente diverse da quelle dell'attestato di competenza o del titolo di formazione in possesso del richiedente.

Per *materie sostanzialmente diverse* si intendono materie la cui conoscenza è essenziale all'esercizio della professione regolamentata e che in termini di durata o contenuto sono **molto diverse** rispetto alla formazione ricevuta dal migrante.

L'applicazione del **requisito del tirocinio** comporta una **successiva verifica** sull'eventuale esperienza professionale attestata dal richiedente al fine di stabilire se le conoscenze acquisite nel corso di detta esperienza professionale in uno Stato membro o in un Paese terzo possano **colmare la differenza sostanziale** o parte di essa.

Nei casi di cui sopra, la durata e le materie **oggetto del tirocinio di adattamento** e della **prova attitudinale** sono stabilite dall'**autorità competente – per la professione d'ingegnere, il Ministero della Giustizia**, a seguito della Conferenza di servizi, se convocata. In caso di valutazione finale sfavorevole il tirocinio **può essere ripetuto**. Gli obblighi, i diritti e i benefici sociali di cui gode il tirocinante sono stabiliti dalla normativa vigente, conformemente al **diritto comunitario applicabile**.

La **prova attitudinale si articola in una prova scritta o pratica e orale o in una prova orale sulla base dei contenuti delle materie stabilite**. In caso di esito sfavorevole o di mancata presentazione dell'interessato senza valida giustificazione, la prova attitudinale non può essere ripetuta **prima di sei mesi**.

Ai fini della prova attitudinale le autorità competenti predispongono un **elenco delle materie** che, in base ad un confronto tra la formazione richiesta sul territorio nazionale e quella posseduta dal richiedente, **non sono contemplate dai titoli di formazione del richiedente**. La prova verte su materie da scegliere tra quelle che figurano nell'elenco e la cui conoscenza è una condizione essenziale per poter esercitare la professione sul territorio dello Stato. Lo status del richiedente che desidera prepararsi per sostenere la prova attitudinale è stabilito dalla normativa vigente. (art. 23 D. Lgs. 206/2007).

3. Procedura

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (ad oggi, il Ministero della Giustizia). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indichi una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata, cioè, nella specie, del **Consiglio Nazionale degli Ingegneri**.

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente.

5. Iscrizione all'albo

In ogni **provincia** è costituito l'ordine degli **ingegneri** avente sede nel comune capoluogo (Art. 1 R.d. 23 ottobre 1925 n. 2537). Ogni ordine provvede alla formazione del proprio **albo**. L'albo contiene per ogni singolo iscritto: **il cognome ed il nome, luogo e data di nascita, la residenza**. Accanto ad ogni nome saranno annotate la data e la natura del titolo che abilita all'esercizio della professione con eventuale indicazione dell'autorità, da cui il titolo stesso fu rilasciato, nonché la data della iscrizione. La domanda di iscrizione nell'albo deve essere presentata alla **presidenza dell'ordine**, munita dei seguenti documenti:

- certificato di nascita;
- certificato di cittadinanza italiana o di cittadinanza di uno Stato membro;
- certificato di residenza;
- certificato generale del casellario giudiziale di data non anteriore di tre mesi alla presentazione della domanda;
- certificato di aver conseguita l'approvazione nell'esame di Stato, ai sensi dell'art. 4, prima parte del presente regolamento e salve le disposizioni del successivo art. 60;
- dichiarazione di non essere iscritto né di aver domandata l'iscrizione in altro albo d'ingegnere o di architetto.

Non oltre tre mesi dalla data della sua presentazione, il consiglio dell'ordine **deve deliberare sulla domanda d'iscrizione nell'albo**. La deliberazione deve essere **motivata** e presa a maggioranza assoluta di voti dei presenti, in seguito a relazione di un consigliere all'uopo delegato dal presidente. La deliberazione è **notificata all'interessato** nel termine di **cinque giorni** a mezzo di lettera raccomandata con ricevuta di ritorno. Contro la deliberazione del consiglio dell'ordine l'interessato ha diritto di **ricorrere all'assemblea generale** entro un **mese** dalla notificazione.

Ai sensi dell'art. 45 D.P.R. 5 giugno 2001 n. 328, recante « Modifiche ed integrazioni della disciplina dei requisiti per l'ammissione all'esame di Stato e delle relative prove per l'esercizio di talune professioni, nonché della disciplina dei relativi ordinamenti », nell'albo professionale dell'ordine degli ingegneri sono istituite la **sezione A** e la **sezione B**. Ciascuna sezione è ripartita nei **seguenti settori**:

Italie

- **civile e ambientale**
- **industriale**
- **dell'informazione**

Agli iscritti nella **sezione A** spettano i **seguenti titoli professionali**:

- agli iscritti al settore civile e ambientale, spetta il titolo di **ingegnere civile e ambientale** ;
- agli iscritti al settore industriale, spetta il titolo di **ingegnere industriale**;
- agli iscritti al settore dell'informazione, spetta il titolo di **ingegnere dell'informazione**.

Agli iscritti nella **sezione B** spettano i seguenti titoli professionali:

- agli iscritti al settore civile e ambientale, spetta il titolo di ingegnere civile e ambientale iunior;
- agli iscritti al settore industriale, spetta il titolo di ingegnere industriale iunior;
- agli iscritti al settore dell'informazione, spetta il titolo di ingegnere dell'informazione iunior.

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di *ingegnere*.

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

Italie

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D. Lgs. 206/2007).

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).